

Rosa Luxemburg Über eine Sozialistin, die vor 100 Jahren den Rechten zum Opfer fiel

Geschichte zu Ende bringen

Kernfrage Was haben die Ideen von Rosa Luxemburg mit den international aufkeimenden Sozialismus-Vorstellungen heute noch zu tun?

■ Daniela Dahn

Kann Sozialismus die Demokratie retten? So die Grundfrage einer Debatte, die seit den letzten Wahlen in den USA an Fahrt gewinnt. Im *New Yorker* las man im vorigen Sommer eine Reihe von Interviews, die „the S-word“ zum Thema hatten. Aber was war damit gemeint? Rosa Luxemburg wurde natürlich nicht zitiert, der es ein Hauptanliegen war, Demokratie und Sozialismus zu versöhnen. Unter den US-Linkern wächst aber ein Konsens, dass Kapitalismus Ungleichheit produziert, der zu Oligarchien führt, die den Weg zum Faschismus bahnen könnten. Zu verhindern sei das nur durch Sozialismus. So etwa Theo Horesh am 13. Dezember 2018 auf der linken Plattform *commondreams.org*. Man sieht dort zwei junge Frauen, die ein Transparent hochhalten: Demokratischer Sozialismus – Kapitalismus hat uns im Stich gelassen! Neben das S-Wort ist ein knallrotes Herz gemalt.

Immer wieder wird betont, Sozialismus müsse mehr Gleichheit bringen, ohne dabei die Freiheit auszulöschen. Die Rolle des Marktes müsse respektiert werden, ohne ihn die Gesellschaft dominieren zu lassen. Sozialismus könne den drohenden Faschismus nur stoppen, wenn es glückt, die Rutschbahn von der Marktwirtschaft in eine Marktgesellschaft zu stoppen. Das verdeutlicht, was mit dem S-Wort wohl am ehesten verbunden wird: Eine soziale Marktwirtschaft sozialdemokratischer Prägung, wie sie in den 60er und 70er Jahren in Europa, speziell in Skandinavien, doch verdammt noch mal funktioniert hat.

Nicht mehr abwählbar

Dabei wird gern die damalige Konkurrenz mit dem realsozialistischen System übersehen, das sich neben der Sowjetunion über China, Teile Asiens, den Nahen Osten und das noch nähere Osteuropa ausgebreitet hatte. Diese Konkurrenz hatte den westeuropäischen Gewerkschaften und deren verbündeten sozialdemokratischen Parteien ein so existenzielles Gegengewicht zugemessen, dass sie in spürbarem Umfang soziale Zugeständnisse von Unternehmen, ideologische Hilfe von deren Medien und gar materielle Zuwendungen selbst von Geheimdiensten wie der CIA bekamen. Von all dem kann keine Rede mehr sein. Mit dem schwächer werdenden und schließlich Wegfall der Systemkonkurrenz konnte das Kapital seine Verwertungsbedingungen auf brutale Weise über den ganzen Globus ausdehnen. Und keine Sozialdemokratie mit derzeitigem Antlitz ist fähig, es davon abzuhalten. Stattdessen, oder wohl deshalb, befindet sie selbst sich im freien Fall. Das *Wall Street Journal* kommt zu dem Schluss, dass der Neoliberalismus nicht mehr demokratisch abwählbar sei.

Aber von so viel Geschichtsbewusstsein wollen sich offenbar viele junge Leute nicht beirren lassen. Die Generation, deren politisches Bewusstsein in den Jahren des ökonomischen Kollapses 2008 bis 2010 und der im Grunde anhaltenden Finanzkrise geprägt wurde, kommt zu überraschenden Einsichten. 2016 hat das Institute of Politics der Harvard Kennedy School Leute zwischen 18 und 29 Jahren befragt. Eine Mehrheit, nämlich 51 Prozent, hat den Kapitalismus abgelehnt. Diese Gruppe sah voller Ängste in die Zukunft. Genau ein

Drittel befürwortete als Ausweg Sozialismus. In dem Umfrageinstitut war man von dem Ergebnis so erstaunt, dass man die Umfrage mit größerer Repräsentanz in derselben Altersgruppe wiederholen ließ. Und kam zu demselben Ergebnis.

Die Direktorin des Institutes, Della Volpe, fand oder erfand tröstliche Erklärungen. Den jungen Leuten würde ein kanadisches Gesundheitswesen vorschweben, nicht etwa ein sowjetisches. Sie wünschten eine Mischung aus Teddy Roosevelts Square Deal, also Chancengleichheit und Sozialleistungen für alle, aber auch Schutz der Mittelklasse vor zu extremen Forderungen der Gewerkschaften, und dem New Deal des späteren Franklin Roosevelt. Sein Hauptziel hat aber auch der New Deal nicht erreicht: eine gerechte Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen. Und das ist bis heute die sich steigernde Erblast des Kapitalismus.

Kenner der Szene verbinden den Wunsch nach Sozialismus einfach mit dem Gegenteil von dem, was man gegenwärtig erlebt. Immerhin ist die soziale Kluft in den USA in vielen Bereichen fast zehn Mal so groß wie etwa in Frankreich. Deshalb kommt in der Debatte auch die Frage auf, weshalb die jungen Leute nicht ansatzweise so reagieren wie die Gelbwesten in Frankreich.

Das könnte damit zu tun haben, dass ihre Eltern viel stärker verinnerlicht und vermittelt haben: Das eigene Schicksal ist die eigene Schuld. An die Spitze wachsen angeblich nur die Besten. Dieses neoliberale Leistungsdenken herrscht zwar überall. Aber die französische Kultur beweist immer wieder, dass sich tief im Langzeitgedächtnis ihrer Bürger doch auch ein Reststolz auf die weltverändernde, revolutionäre Leistung von 1789 erhalten hat: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Während in den USA, auch weiten Teilen Europas, einschließlich Westdeutschlands, der Begriff Gleichheit eher diffuse, antikomunistische Reflexe auslöst.

Welche Spuren hat im kollektiven Mehrheitsbewusstsein einer Nation dann Fehlgeschlagenes wie die Novemberrevolution von 1918 hinterlassen? Hätte Rosa Luxemburg neben den Begriff Sozialismus auch ein rotes Herz gemalt? Wenn die auf Piktogramme reduzierte Ikonografie damals schon so fortgeschritten gewesen wäre, durchaus denkbar.

In ihrem Sozialismus-Modell gab es zwei Kernpunkte: die Frage der demokratischen Repräsentation und die Ausdehnung der Demokratie auf die Wirtschaft. Beides war für sie Voraussetzung einer sozialistischen Demokratie, die sich von der bürgerlichen mit ihrem „herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit“ grundlegend unterscheiden sollte. Die arbeitende Masse sollte aufhören, eine

Gilt es, die bürgerliche durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen?



Sie hat etwas gewagt. Wie wenig blieb davon bis heute

regierte Masse zu sein, stattdessen in freier Selbstbestimmung leben. Wenn es nun Überlegungen gibt, die Demokratie durch Sozialismus zu retten, so müsste konsequenterweise bedacht werden, ob das nicht heißt, die bürgerliche Demokratie durch eine sozialistische zu ersetzen, die bisher zwar angedacht, aber nie umgesetzt wurde. Rettung also nicht durch Rückkehr zu Gewesenem, da das Gewesene weder wieder herstellbar noch für alle tauglich wäre, sondern nur durch etwas wirklich Neues.

Eine Räte-demokratie beispielsweise, wie sie sich nach allen Revolutionen, so auch im November 1918, spontan herausgebildet hatte. Arbeiter- und Soldatenräte, deren Mandat sehr eng an den Wählerwillen gebunden werden sollte. Im Unterschied zu den sogenannten freien Mandaten westlicher Parlamentarier, deren Freiheit darin besteht, den Wählerwillen gegen die Parteiräson austauschen zu dürfen. Was einen Großteil des Frusts der sich so nicht vertreten Fühlenden ausmacht. Weshalb der Rätegedanke später immer wieder belebt wurde, euphorisch von Hannah Arendt, aber auch von den Jusos und den Grünen. Vergeblich.

Vor 100 Jahren würdigte die SPD im *Vorwärts* zwar die „Errungenschaften der Revolution“, bekämpfte sie aber zugleich durch einen Geheimpakt mit Generälen der Obersten Heeresleitung. Die Regierung Ebert gab vor, nur den bolschewistischen Terror der Spartakustruppe verhindern zu wollen, ließ aber selbst auf terroristische Weise die ganze Revolution zusammenschießen. Und duldete gar, dass gerade die Führer der KPD skrupellos ermordet wurden, die die spätere Stalinisierung der Partei sehr wahrscheinlich verhindert hätten. Rosa und Karl. Die unaufgearbeitete Geschichte liegt im Wege wie eine Falle.

Das gilt auch für die Frage, wie die Funktionslogik des Kapitalismus tatsächlich gebrochen werden kann. Nämlich die permanente Maximierung von Wachstum und Profit auf Kosten der Natur und des Gemeinwohls und die Reduzierung des Menschen auf eine Konsummaschine. Die zentralistische Planwirtschaft hat diese Logik zwar teilweise gekappt, was durchaus emanzipatorische Momente hatte, aber sie hat die Effizienz des Profitsystems gleich mitgekappt. Zwischen Krieg, Knast und Kanal konnte Rosa Luxemburg ihre Wunschvorstellung von der Herrschaft des Volkes

über den Wirtschaftsprozess der Gesellschaft nicht mehr konkretisieren.

Sicher, Abschaffung der Kriegs- und Rüstungsindustrie, Vermenschlichung des Charakters der Arbeit und Sozialisierung der Großbetriebe. Aber wie viel Hierarchie würde eine auf Gemeineigentum basierende Wirtschaft verkraften oder auch brauchen? Und worin genau bestünde die neue Qualität der Verfügungsgewalt gegenüber dem früheren Staats Eigentum? Fragen, die

der Realsozialismus mit immer neuen ökonomischen Systemen angefangen hatte auszuprobieren, die aber durch den eklatanten Mangel an Spielraum für Experimente und Abweichung, für sozialistische Demokratie, nicht abschließend beantwortet werden konnten. Wenn nun also eine Kraft gebraucht wird, die in der Lage ist, sich der Gefahr neuerlichen Faschismus entgegenzustemmen, so kann nur gelten: Zukunft ist zu Ende gebrachte Geschichte.

FOTO: IAN NIHAD NIKO PUSIJA/OLUSTEIN

ANZEIGE

Draußen vor der Tür

Heimkehrerdrama von Wolfgang Borchert
Regie Mareike Mikat

»freitag.de
Event der Woche

THEATER KONSTANZ
SEIT 1607

ab 18.01.2019